

INITIATIVE BUSSTOP

Bundesverkehrsminister Scheuer ist neuer Schirmherr



Eine schöne und wichtige Tradition wird fortgesetzt. Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer übernimmt – wie seine zwei Amtsvorgänger vor ihm – die Schirmherrschaft für die BUSSTOP-Kampagne des Bundesverbands Deutscher Omnibusunternehmer (bdo). Er gibt damit dem wichtigen Thema Schulwegsicherheit ein Gesicht und zusätzliche Impulse.

Andreas Scheuer empfing in seiner neuen Funktion am 2. Juli im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur neben bdo-Präsident Karl Hülsmann und bdo-Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard auch eine Schulklasse aus Brandenburg. Der Gastgeber tauschte sich mit den Kindern intensiv über deren Erfahrungen

auf dem Schulweg und ihre Ideen für den Verkehr der Zukunft aus. Zudem nahm er selbst gemalte Bilder in Emp-



„MIT INITIATIVEN WIE BUSSTOP WERDEN DIE KLEINSTEN UND SCHWÄCHSTEN VERKEHRSTEILNEHMER FIT FÜR EINE VERANTWORTUNGSVOLLE UND SICHERE TEILNAHME AM STRASSENVERKEHR“ | Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer

fang, auf denen jeweils der Bus der Zukunft skizziert worden war.

Gemeinsam mit bdo-

Präsident Karl Hülsmann betonte Andreas Scheuer, wie wichtig es ist, Kinder mit dem notwendigen Bewusstsein für Gefahrensituationen auszustatten, damit sie sich im Alltag – auf dem Schulweg, in der Freizeit oder auch auf Klassenfahrten – selbstständig bewegen können. „Gerade um die kleinsten und schwächsten Verkehrsteilnehmer müssen wir uns sehr intensiv kümmern“, sagte Scheuer zu seinem Einsatz. „Mit Initiativen wie BUSSTOP werden sie fit für eine verantwortungsvolle und sichere Teilnahme am Straßenverkehr. Als Schirmherr freut es mich besonders, dass dieses Engagement Wirkung zeigt.“

Die Bedeutung des Themas unterstrich auch bdo-Präsident Karl Hülsmann und sagte im Rahmen der Veranstaltung in Berlin: „Egal ob ein Kind auf dem Weg zur Schule im Bus, zu Fuß oder auf



Mit neuem Schirmherr wird die bdo-Initiative „BUSSTOP“ fortgesetzt

dem Rad unterwegs ist: Mobilitätserziehung ist wichtig dafür, dass Schüler möglichst sicher zum Unterricht gelangen. Wissen über das richtige Verhalten entlang der Straßen stellt zudem auch einen Baustein auf dem Weg zur Selbst-

Zeit ein Stück Lebensqualität und oftmals eine wichtige Voraussetzung für beruflichen Erfolg darstellt. Kindern sollte, entsprechend ihrer Entwicklung, so viel Bewegungsspielraum wie möglich gewährt werden. Dadurch lernen sie Schritt für Schritt, sich ihre Umwelt selbstständig anzueignen. Diese Fähigkeit ist nicht nur für ein erfolgreiches Erwachsenenleben von großer Bedeutung – sie steigert auch das Selbstvertrauen des Kindes. Mobilitätserziehung ist daher ein wichtiger Baustein auf dem Weg zur Selbstständigkeit von Kindern.

ständigkeit von Kindern dar. Wir freuen uns sehr, dass Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer sich als Schirmherr für unsere Initiative und die damit verbundenen Ziele engagiert.“

Die Initiative BUSSTOP wurde vom bdo ins Leben gerufen und leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Schulwegsicherheit. Zentrales Modul der Initiative ist die Mobilitätserziehung unter pädagogisch-didaktischen Gesichtspunkten mit aktuellen und umfangreichen Informationen zum Thema „Schule und Bus“. Die Schirmherrschaft übernimmt traditionell der Bundesverkehrsminister. Andreas Scheuer setzt damit das Engagement seiner Amtskollegen Peter Ramsauer und Alexander Dobrindt fort.

Grundlegend für die Aktivitäten ist die Tatsache, dass Mobilität in unserer



Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer lud die bdo-Delegation mit Anja Ludwig, Christiane Leonard und Karl Hülsmann in sein Haus (v. l. n. r.)

© www.andreas-scheuer.de/presse (1); Michael Fahrig/bdo (2)

NEUE ZAHLEN AUS DEM UMWELTBUNDESAMT VORGESTELLT

Fernbus für bessere Luft und Klimaschutz

Die Experten haben gesprochen. Genauer gesagt: Das Umweltbundesamt (UBA) hat mal wieder offizielle Zahlen sprechen lassen – und zwar für den Fernbus. Denn neue Ergebnisse unterstreichen die Bedeutung des Verkehrsmittels für nachhaltige Mobilität. Die Argumentation aus dem Umweltbundesamt ist dabei klar: Der Fernbus bringt Menschen dazu, für Fernreisen auf den eigenen Pkw zu verzichten, und hilft so, die Emissionen im Straßenverkehr zu senken.

Der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer hat am 11. Juni zufrieden auf die Bekanntgabe der aktuellen Zahlen zur Umweltbilanz des Fernbusverkehrs reagiert. Die neuen Ergebnisse belegen anschaulich, dass diese vergleichsweise neue Mobilitätsalternative eindeutig hilft, die Umwelt zu schützen. Durch den Umstieg auf den Fernbus werden in einem erheblichen Umfang Pkw-Fahrten vermieden.

Entsprechend rät das Umweltbundesamt, den Fernbus für nachhaltige Mobilität besser zu berücksichtigen. So heißt es in der UBA-Studie:

„Der umwelt- und verkehrspolitische Rahmen in Deutschland sollte dahingehend weiterentwickelt werden, dass der Fernbus den Umweltverbund stärkt und die Vorteile von Bussen und Bahnen optimal genutzt werden können, um einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz in Deutschland zu leisten.“ Dabei handelt es sich um eine Position, für die der bdo schon seit Langem wirbt.



Fernbusse fahren nicht nur durch die Natur, sondern schützen sie auch

„Wir freuen uns, dass mit dem Umweltbundesamt erneut eine wissenschaftliche Instanz die hervorragende Umweltbilanz des Fernbusverkehrs bestätigt“, sagte bdo-Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard zu den kürzlich veröffentlichten Zahlen. Sie führte dazu weiter aus: „Nun müssen aus diesen Ergebnissen aber auch die richtigen Schlüsse gezogen werden. Bei der Weichenstel-

lung in der Verkehrspolitik sollte die besondere Bedeutung des Busverkehrs für die Umwelt sowie für die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt werden. Wir brauchen jetzt einen Ausbau der Busangebote sowie einen Abbau von bürokratischen Hindernissen für Busunternehmen.“

TAG DER DASEINSVORSORGE

Private Unternehmen leisten Wichtiges im öffentlichen Interesse

Es musste leider darum gehen, eine Selbstverständlichkeit einzufordern. Zum diesjährigen „Tag der Daseinsvorsorge“ hat das „Bündnis fairer Wettbewerb“ an die Selbstverpflichtung der Bundesregierung erinnert, in dieser Legislaturperiode für fairen Wettbewerb zwischen kommunalen und privaten Unternehmen zu sorgen. Die Regierungsparteien hatten dies in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart.

Das Bündnis fairer Wettbewerb forderte daher am 23. Juni anlässlich des internationalen Tages des öffentlichen Dienstes die zügige Umsetzung

dieser Selbstverpflichtung. Nach Ansicht des Bündnisses sorgten viele bundesgesetzliche Regelungen aktuell für „dramatische Wettbewerbsverzerrungen zulasten der Privatwirtschaft“. Insbesondere das Umsatzsteuerprivileg, das Dienstleistungen der öffentlichen Hand unter bestimmten Voraussetzungen von der Umsatzsteuer befreit, erweise sich als regelrechter Turbo für die Verstaatlichung lange Zeit erfolgreich von privater Seite erbrachter Dienstleistungen. Seit Längerem beobachtet die Verbändeallianz eine massive Kommunalisierungswelle in Deutschland; aktuelle Zahlen untermauern diesen Trend.

gung öffentlicher Dienstleistungen aus dem Bereich des Busverkehrs: „Die privaten Busunternehmen ermöglichen es Millionen Menschen, mobil zu sein. Das ist Daseinsvorsorge pur – effizient organisiert, stark in den Leistungen und in den Regionen verankert. Zigtausende Mitarbeiter in kleinen und mittelständischen Betrieben sorgen Tag für Tag dafür, dass Kinder zur Schule und Berufstätige zur Arbeit gelangen. Diese Leistungen gilt es heute noch einmal besonders zu würdigen. Gleichzeitig wollen wir aber auch daran erinnern, dass Arbeitsplätze im Mittelstand und das Gleichgewicht der Wirtschaft insgesamt gefährdet sind, wenn der faire Wettbewerb zugunsten kommunaler Betriebe ausgehebelt wird.“

Neben dem formulierten Wunsch nach gerechten Bedingungen für privatwirtschaftliche Unternehmen nutzten die Verbände den Tag aber auch dazu, die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Allgemeinheit herauszustellen. Man erinnerte an den eigenen, nicht unerheblichen Anteil der privaten Wirtschaft an der Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen in unterschiedlichen Bereichen.

Der Präsident des BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V., Peter Kurth, sieht die Entwicklung ebenfalls mit Sorge: „Fairer Wettbewerb ist das Lebenselixier unserer Marktordnung. Auch kommunale Unternehmen sollen sich diesem Wettbewerb stellen und sich nicht im Dienstleistungsbereich hinter dem Begriff der Daseinsvorsorge verstecken. Zudem muss die Frage berechtigt sein, ob es nicht achtzig Jahre nach der Einführung des Begriffs Daseinsvorsorge jetzt an der Zeit wäre, diesen Begriff neu zu verstehen. Was ist Daseinsvorsorge heute, schnelles Internet in der Uckermark oder Schrottsammeln in Berlin?“



Unter anderem der BDE mit seinem Präsidenten Peter Kurth engagiert sich mit dem bdo für fairen Wettbewerb und ein Wiedererstarken echten Unternehmertums

bdo-Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard betonte das Engagement privater Unternehmen bei der Erbrin-

BDO-PRÄSIDENT HÜLSMANN IM GESPRÄCH MIT STAATSEKRETÄR STEFFEN BILGER

Austausch zwischen Ministerium und Busbranche

Wie wird sich die nationale Verkehrspolitik in den kommenden Jahren unter der noch vergleichsweise neuen Bundesregierung entwickeln? Können die Interessen deutscher Arbeitnehmer und Unternehmen auf europäischer Ebene gewahrt bleiben? Und was bedeutet das alles für den privaten Busmittelstand?

Diese Fragen konnte **bdo-Präsident Karl Hülsmann** am 26. Juni an **Steffen Bilger**, parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesverkehrsminister, richten. Der Verbandschef war zur offiziellen Begrüßung und zum Gespräch ins BMVI eingeladen worden. Der Zeitpunkt hätte dabei nicht besser und wichtiger sein können. Schließlich standen und stehen wichtige Richtungsentscheidungen nicht nur in der nationalen Verkehrspolitik an. Auch die Abstimmungen über den 1. Teil des Mobility Package im Europäischen Parlament machen den Austausch so bedeutsam. Schließlich wird die Bundesregierung im weiteren Gesetzgebungsverlauf gefordert sein, sich im EU-Verkehrsmisterrat für die Berücksichtigung eigenständiger Regelungen für den Reisebusverkehr starkzumachen oder sich allgemein dafür einzusetzen, dass der Bus nicht „unter die Räder kommt“.



Haben ernste Themen in lockerer Atmosphäre besprochen: Steffen Bilger, parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesverkehrsminister, und **bdo-Präsident Karl Hülsmann** (v. l.)

Karl Hülsmann warb eindringlich für die Positionen der Busbranche und stellte dabei die Bedürfnisse der Unternehmen sowie der Mitarbeiter und Fahrgäste heraus. Insbesondere betonte er, dass passgenaue Regelungen für das Gewerbe nur möglich sind, wenn eine rechtliche Loslösung vom Güterverkehr erreicht wird. Bisher zielen Regelungen, etwa zur Entsendung oder den Lenk- und Ruhezeiten, hauptsächlich auf die Lkw-Branche ab, ohne die besonderen Gegebenheiten des Busverkehrs zu berücksichtigen. Mit Blick auf den

Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) unterstrich Hülsmann die hervorragende Umweltbilanz moderner Busse und deren Bedeutung für bessere Luftwerte in Städten. Um den gewünschten und notwendigen Ausbau des ÖPNV möglich zu machen, brauche es auch einen starken Busmittelstand. Die fortlaufende Kommunalisierungswelle bedrohe aber hervorragende Unternehmen – zumeist kleine Traditionsbetriebe in Familienhand – und schmälere damit die Perspektiven für einen starken öffentlichen Verkehr.

ABSTIMMUNG IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT ZUM MOBILITY PACKAGE

Es geht in die richtige Richtung – aber zurück auf null

Im Sekundentakt wurden die Abstimmungen vorgenommen. Mal per Handzeichen, im Zweifelsfall mit einem Knopfdruck über die Anlage im Schreibtisch. Etliche Anträge und Alternativvorschläge standen am 4. Juli für die Abgeordneten im Europäischen Parlament zur Auswahl. Sie hatten über Gesetzentwürfe zur Verkehrspolitik zu entscheiden, die der EU-Verkehrsausschuss TRAN vorgelegt hatte. Aufseiten der Busbranche konnte dabei erneut

festgestellt werden, dass die Positionen, für die der **bdo** im Vorfeld intensiv geworben hatte, ihre Mehrheiten fanden. Das Gesamtpaket der Vorschläge wurde zwar – aufgrund der Streitpunkte in einigen Feldern – abgelehnt und an den Verkehrsausschuss zurückverwiesen. Aber eine Abkehr von den sinnvollen, mehrfach bestätigten Positionen scheint nicht vorstellbar.

Auf der Ebene der politischen Sachfragen kann so festgestellt werden: Das Europäische Parlament hat am 4. Juli gleich eine Reihe von wichtigen Beschlüssen gefasst, die Fortschritte für Fahrgäste und Fahrer in der Busbranche darstellen. Der **bdo** begrüßte daher in einer ersten Stellungnahme das gute inhaltliche Ergebnis nach intensiven Verhandlungen – und sieht sich in seinen Bemühungen im Vorfeld der Abstimmung bestätigt. Insbesondere die ausdrückliche Feststellung, dass der Personenverkehr mit seinen Besonderheiten eigenständig vom Güterverkehr betrachtet werden muss, sieht der **bdo** als wichtige Weichenstellung. Gleichzeitig hofft der Verband, dass in der erneuten Behandlung im EU-Verkehrsausschuss noch kritische Punkte – wie etwa die Langzeitüberwachung von Fahrern und die Verpflichtung, den Ausgleich für eine reduzierte Wochenruhezeit an eine reguläre Wochenruhezeit anzuhängen – kor-

rigiert werden können, bevor das weitere europäische Gesetzgebungsverfahren durchlaufen wird.

„**Ein Großteil der heutigen Entscheidungen** des Europäischen Parlaments weist aus Sicht der privaten Busunternehmen in die richtige Richtung und stellt einen wichtigen Schritt für die Zufriedenheit von Fahrgästen und Fahrern im Busverkehr sowie für die Verkehrssicherheit dar“, fasste **bdo-Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard** die grundlegende Bedeutung der Parlaments-Abstimmung zusammen. „Insbesondere freut mich, dass ausdrücklich benannt wurde, dass auf europäischer Ebene die Besonderheiten des Personenverkehrs losgelöst vom Güterverkehr betrachtet werden müssen.“

Weiter sagte Leonard zur Abstimmung: „Wir sehen heute, dass die vielen intensiven Gespräche mit den Mitgliedern des Europäischen Parlaments im Vorfeld zu dieser klugen Entscheidung beigetragen haben. Vor allem stimmt es mich zufrieden, dass die Parlamentarier sich nicht von den Fehlinformationen durch andere Interessengruppen von einem guten Kurs haben abbringen lassen. Schade ist, dass diese guten Ergebnisse aufgrund der anhaltenden Meinungsverschiedenheiten nun nicht vorangetrieben, sondern an den Verkehrsausschuss zurückgeleitet werden.“



Bereits zu Jahresbeginn traf der **bdo** mit **Wim van de Camp** zusammen, der als Berichterstatter des EP eine wichtige Rolle für Teile des Mobility Package spielt

EUROPATAG DES WBO IN STUTT GART

Droht das Aus für den europaweiten Bustourismus?

Zur Eröffnung des zweiten Europatags des Verbandes Baden-Württembergischer Omnibusunternehmer (WBO) in der Staatsgalerie Stuttgart betonten Guido Wolf, Minister der Justiz und für Europa des Landes Baden-Württemberg, Europaparlamentarier Norbert Lins sowie der Landtagsabgeordnete Peter Hofelich in ihren Ansprachen den europäischen Gedanken und würdigten die Leistungen des Mittelstands in Baden-Württemberg. Ismail Ertug, Mitglied des Verkehrsausschusses TRAN im Europäischen Parlament, stellte sich anschließend in einer rund zweistündigen, offenen Diskussion mit LBO-Präsidentin Dr.-Ing. Sandra Schnarrenberger und dem WBO-Vorsitzenden Klaus Sedelmeier den Fragen der anwesenden Busunternehmer.

Als eine Hauptgefahr in der momentanen Diskussion um das Mobility Package sahen die Reisebusunternehmer das Thema „Entsendung“. Der gesamte internationale Verkehr soll grundsätzlich als Entsendung gewertet werden, also jede grenzüberschreitende Fahrt eines Reisebusses. Für die Omnibusbranche bedeutet dies zusätzliche Bürokratie und weitere Erschwernisse. Selbst eine typische Rundfahrt mit geschlossenen Türen würde dann unter „Entsendung“ fallen. Auch ohne „Kabotage“, also die Mitnahme ortsansässiger Fahrgäste im Ausland, wären nun von Reisebusfahrern Arbeitsverträge (in Englisch oder den jeweiligen Landessprachen der 28 EU-Mitgliedstaaten) und diverse weitere Unterlagen verpflichtend mitzuführen. MdEP Ertug versprach zum Ende der Diskussion Unterstützung bei absurden Fällen von Bürokratie und willkürlichen Polizeikontrollen. Auch die vom WBO angestrebte Trennung von Bus und Lkw bezüglich Lenk- und Ruhezeiten nahm Ertug mit nach Brüssel. Der WBO wird im Nachgang für den Europapolitiker Ertug besondere Vorkehrungen im internationalen Reiseverkehr



Ismail Ertug, Mitglied des Europäischen Parlaments, diskutierte mit LBO-Präsidentin Dr. Sandra Schnarrenberger und dem WBO-Vorsitzenden Klaus Sedelmeier (v.l.)

zusammenbringen und auch Vorschläge unterbreiten, wie „Entsendung“ beim Reisebus geregelt werden könnte.

„Omnibusunternehmer sind Europäer der ersten Stunde. Mit dem Bus erlebte Europa nach dem Zweiten Weltkrieg den ersten Tourismus für

breite Teile der Bevölkerung. Kennenlernen der anderen Kulturen und Völkerverständigung waren die Folge. Nun wird ausgerechnet der Busreisetourismus durch europäischen Bürokratismus ausgebremst“, kommentiert WBO-Geschäftsführer Dr. Witgar Weber die Entwicklung.

BUS2BUS 2019

Die Zukunft der Busbranche – zu sehen ab 19. März

Elektrisch und autonom? Eigenwirtschaftlich oder nur noch in kommunaler Hand? Voll digitalisiert und eingebunden in komplexe Verkehrsnetze? Mit mehr Fahrzeugen und neuen Angeboten? Um die Zukunft des öffentlichen Verkehrs ranken sich aktuell – in einer Zeit des beschleunigten Wandels – viele Fragen. Veränderungen sind überall sichtbar – national und auf europäischer Ebene, technisch und politisch, in allen Bereichen der Branche. Antworten aus Expertenmund für heute und morgen erhalten Kenner des

BUS₂BUS
 Fachmesse und Kongress

Verkehrssektors im kommenden Jahr bei der BUS2BUS. In der zweiten Ausgabe bringt die Messe wieder führende Denker und Sprecher in Diskussionsrunden zusammen. Im Future Forum gibt es wieder neue Projekte, Unternehmen und Konzepte zu sehen, die von den Machern vorgestellt werden. Die Liste der gemeldeten Aussteller ist bereits lang. Erste Details zu den Rednern und Teilnehmern erscheinen in Kürze. Aktuelle Infos und die Möglichkeit, ein Newsletter-Abo einzurichten, finden Sie unter www.bus2bus.berlin/

IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo)
 Reinhardtstraße 25
 10117 Berlin
 Telefon 00 49 / (0) 30 / 2 40 89-3 00
 Telefax 00 49 / (0) 30 / 2 40 89-4 00
 Internet: www.bdo.org
 E-Mail: info@bdo.org
V.i.S.d.P. Christian Wahl
Redaktion Christian Wahl